



PRESSEMITTEILUNG

Nr.192/GP

02.08.2020

**Huml: Über 18.000 Menschen freiwillig in Corona-Reisecentren getestet
- Bayerns Gesundheitsministerin: Wir bereiten uns intensiv auf
Testpflicht vor**

Die bayerische Corona-Testoffensive für Reiserückkehrer an den bayerischen Flughäfen, Autobahnen und Bahnhöfen wird weiter gut angenommen. Dies hat **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** am Sonntag mitgeteilt. Huml betonte: "Insgesamt haben sich bis gestern Abend rund 18.000 Menschen freiwillig in unseren Testzentren auf das neuartige Coronavirus testen lassen. Das zeigt: Viele Reiserückkehrer gehen verantwortungsvoll damit um, wenn sie aus dem Urlaub kommen. Ich setze darauf, dass die Reiseheimkehrer bei den künftigen Pflichttests ebenso vernünftig handeln."

Konkret wurden am vorläufigen Testzentrum an der Raststätte Inntal-Ost 1.878 Testungen durchgeführt, an der Raststätte Hochfelln-Nord 3.473 und an der Raststätte Donautal-Ost 3.910. Das Testzentrum am Flughafen München verzeichnete bislang insgesamt 7.503 Testungen, in Nürnberg waren es am Flughafen 656. Die gestern in Betrieb gegangene Teststrecke am Airport in Memmingen wurde von 140 Reiserückkehrern genutzt. Am Münchner Hauptbahnhof ließen sich 377 Reisende testen, am Hauptbahnhof in Nürnberg bislang 210.

Die Ministerin unterstrich: "Wenn Reisende aus einem vom RKI festgelegten Risikogebiet zurückkehren, dann gelten die Bestimmungen der Einreise-Quarantäneverordnung. Demnach müssen sich Personen, die sich innerhalb von 14 Tagen vor der Einreise in einem Risikogebiet aufgehalten haben, unverzüglich nach der Einreise auf direktem Weg in eine 14-tägige Quarantäne begeben. Zudem müssen sie sich bei ihrem Gesundheitsamt melden. Wenn die Reisenden einen negativen Corona-Test vorlegen können, sind sie von der Quarantäne befreit. Daher kann ich alle nur ermuntern, weiter unser freiwilliges Testangebot zu nutzen."

Huml verwies auch auf die vom Bund angekündigte Testpflicht für Reiserückkehrer aus Risikogebieten: "Klar ist: Wir setzen die Testpflicht gemeinsam mit Bund und Ländern so schnell wie möglich um. Der Bund schafft jetzt den rechtlichen Rahmen, den wir dringend benötigen. Wir planen gerade intensiv, wie wir die Vorgaben des Bundes umsetzen können."

